

CONV 294/02

WG VIII 6

**VERMERK**

---

des	Sekretariats
für	die Gruppe VIII "Verteidigung"

---

Betr.: **Zusammenfassung der Sitzung vom 23. September 2002**

---

**Beratungsergebnisse**

1. Ausführungen des Hohen Vertreters für die GASP, Herrn Javier Solana, gefolgt von einem Meinungsaustausch
  - Der Hohe Vertreter erläuterte, wie die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik entstanden ist. In der Öffentlichkeit sei immer wieder die Forderung erhoben worden, dass Europa mehr Verantwortung für seine Sicherheit übernehmen müsse; von daher habe es für die ESVP viel Zustimmung gegeben. Auch außerhalb Europas sei vielerorts der Ruf nach einem stärkeren Engagement der Union beim Krisenmanagement laut geworden. Die Entscheidungsstrukturen, die erforderlich seien, damit die ESVP funktionieren könne, seien inzwischen aufgebaut; es gehe nunmehr darum, dafür zu sorgen, dass der Union die notwendigen militärischen Fähigkeiten zur Verfügung stünden. Der Hohe Vertreter stellte fest, dass die Union gemessen an dem Ziel, dass sie sich 1999 in Helsinki selbst gesetzt habe, bereits beträchtliche Fortschritte erzielt habe; in einigen Bereichen seien jedoch nach wie vor weitere Anstrengungen erforderlich. In einigen Fällen bedeute dies, dass die Ausgaben für Verteidigung steigen müssten; zudem müsse mehr getan werden, um die Zusammenarbeit im Rüstungsbereich zu verbessern. Der Abschluss von Vereinbarungen über den Rückgriff der EU auf Mittel und Fähigkeiten der NATO sei ebenfalls ein wichtiges Ziel, das noch erreicht werden müsse. Was den Konvent betreffe, so müssten neue Vorschläge zwar der unterschiedlichen Lage und Sichtweise der Mitgliedstaaten Rechnung tragen, doch müssten sie auch eine Zukunftsperspektive bieten.
  - Bei der Aussprache stellten einige Mitglieder der Gruppe dem Hohen Vertreter die Frage, wie bei den Fähigkeiten konkrete Fortschritte erreicht werden könnten und auf welche Weise sich die Zusammenarbeit im Rahmen der ESVP weiter intensivieren ließe. Mehrere Mitglieder hoben hervor, dass die Zukunft der ESVP vor allem vom politischen Willen abhängen. Es wurde unterstrichen, dass sie mit der NATO abgestimmt werden müsse und dass eine Vereinbarung geschlossen werden müsse, die der EU den Rückgriff auf Fähigkeiten der NATO erlauben würde. Fragen wurden auch zur künftigen Rolle der Bewerberländer in Bezug auf die ESVP, zur Rolle der Kommission und zur unterschiedlichen Haltung der einzelstaatlichen Parlamente gestellt.

- Der Hohe Vertreter schloss sich der Auffassung an, dass sich Fortschritte nur erreichen ließen, wenn ein ausreichender politischer Wille vorhanden sei. In der Öffentlichkeit stoße die ESVP jedoch weitgehend auf Zustimmung; hierauf müsse man reagieren. Es sei zu erwägen, ob die ESVP nicht in Zukunft mit ausreichender operativer Flexibilität ausgestattet werden sollte, die beispielweise Aktionen im Rahmen einer Koalition der Handlungswilligen ermöglichen würde. Was die Fähigkeiten betreffe, so werde die Zusammenarbeit im Rüstungsbereich langfristig zu größerer Kosteneffizienz führen, doch müssten sich die Mitgliedstaaten einstweilen auf eine Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben einstellen. Das Hauptziel bestehe darin, Europas Streitkräfte (die bis vor Kurzem noch für die kollektive Verteidigung konzipiert gewesen seien) so anzupassen, dass sie außerhalb ihres Territoriums eingesetzt werden könnten; hierfür seien ausreichend neue Fähigkeiten, vor allem in den Bereichen Transport, Kommunikation und logistische Unterstützung, erforderlich. Auch die Bewerberländer müssten sich anpassen und in einigen Fällen ihre Truppenstärke reduzieren, obwohl dies ebenfalls zunächst Kosten verursache. Das Verhältnis zur NATO sei wichtig; was den Zugang zu den NATO-Fähigkeiten betreffe, so würden die Bemühungen um eine Lösung der noch offenen Fragen fortgesetzt. Doch bestehe die Verantwortung der NATO für die kollektive Verteidigung weiterhin unabhängig und losgelöst von der Verantwortung der EU. Zum Krisenmanagement gehörten auch zivile Instrumente; der Kommission falle daher die wichtige Rolle zu, einige dieser Instrumente zur Verfügung zu stellen.

2. Europäische Maßnahmen auf dem Gebiet der Verteidigung: erforderliche militärische Fähigkeiten entsprechend den gesetzten Zielen

Der Generaldirektor des Militärstabs der Europäischen Union, General Schuwirth, gab der Gruppe einen Überblick über die bisherigen Fortschritte im Rahmen der ESVP, wobei er auf die Strukturen, Konzepte und insbesondere auf die Fähigkeiten einging. Was die Fähigkeiten betreffe, so stütze sich die Arbeit bislang notgedrungen auf generische Szenarien, da es keinen konkreten operativen Bedarf gebe. Bei dem Prozess, mit dem die Planziele erreicht werden sollen, habe sich bislang bestätigt, dass die Fähigkeiten zwar vorhanden seien, dass es aber einige Unzulänglichkeiten gebe. Einige dieser Unzulänglichkeiten seien darauf zurückzuführen, dass bestehende Fähigkeiten nicht angeboten worden seien; es gebe jedoch auch tatsächliche Mängel, die behoben werden müssten. Einige Initiativen seien bereits in Angriff genommen worden, insbesondere das Airbus-Vorhaben für Großraumtransportflugzeuge. Weiteren Anstrengungen bedürfe es insbesondere bei der Zusammenarbeit in den Bereichen FuE und Beschaffung. Gemeinsame Lösungen seien u.a. beispielsweise bei der Luftbetankung und bei den Kommunikationssystemen erforderlich. Was die Beziehungen zwischen der EU und der NATO betreffe, so sei darauf hinzuweisen, dass beide ihre Fähigkeiten im Wesentlichen von denselben Streitkräften bezögen. Daher hätten beide Seiten gleichermaßen ein Interesse an gemeinsamen Konzepten.

Bei der Aussprache wurde die Frage aufgeworfen, welche Kriterien für die Teilnahme an einer engeren Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich festgelegt werden sollten. Auch wurde darüber diskutiert, welche Szenarien (Petersberg oder darüber hinaus gehende Aufgaben) und was für Truppen (Wehrpflichtige oder nicht) in Betracht kommen sollen. General Schuwirth hob hervor, dass bei etwaigen Kriterien die Kostenwirksamkeit beachtet werden müsse. Derzeit seien alle Szenarien denkbar, die in den Bereich des Planziels fielen, mit Ausnahme der kollektiven Verteidigung. Was die Wehrpflichtigen betreffe, so sei in erster Linie zu fragen, auf welcher Grundlage sie für echte Einsätze ausgewählt werden könnten.

Der Vorsitzende stellte abschließend fest, dass die Sitzung nützlich gewesen sei, denn sie habe der Gruppe die Gelegenheit geboten, eine Reihe wichtiger Fragen insbesondere im Zusammenhang mit den Fähigkeiten zu erörtern, vor allem, wie das erforderliche politische Engagement gewährleistet werden könne, welche Kriterien für eine Teilnahme an künftigen Bemühungen um eine engere Zusammenarbeit festgelegt werden könnten und wie weit der Aufgabenbereich der ESVP reichen solle.

3. Sonstiges

Der Vorsitzende kündigte an, dass die nächste Sitzung am 4. Oktober stattfinden und dem Thema Rüstung gewidmet sein wird. Es seien einige Sachverständige eingeladen worden, um vor der Aussprache eine Einführung zu geben.

---